



2009/77

STADT LIESTAL
EINWOHNERGEMEINDE

Jahresprogramm 2010

- Zusammenfassung
- Antrag
- Präsidium
- Recht / Sicherheit
- Infrastruktur / Informatik
- Bildung / Sport
- Stadtbauamt
- Soziales / Gesundheit / Kultur
- Betriebe
- Finanzen / Einwohnerdienste
- Spezialfinanzierungen

Zusammenfassung

Das Jahresprogramm umfasst die wesentlichen Themen und Vorhaben von Stadtrat und Stadtverwaltung für das Jahr 2010. Unerwähnt bleiben die laufenden Geschäfte der operativen Ebene.

Die Gliederung des Jahresprogramms richtet sich nach dem Aufbau der Organisation und steht in Übereinstimmung mit der Gliederung des Entwicklungsplans 2010 – 2014 und des Voranschlags 2010.

In Analogie zum Entwicklungsplan sind auch beim Jahresprogramm die Zielsetzungen die Kernaussagen; es ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen, sich mit dem Einwohnerrat über diese zu verständigen. In den Abschnitten „Ausgangslage“ und „Lösungsansätze“ werden Hinweise gegeben, wie die Ziele erreicht werden sollen. Die „Lösungsansätze“ werden im Laufe der Zeit aufgrund neuer Erkenntnisse und Gegebenheiten einer steten Anpassung unterliegen.

Der Stadtrat ist überzeugt, mit dem vorliegenden Jahresprogramm in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung die Stadt Liestal wiederum einen Schritt voranbringen zu können.

Antrag

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat die Kenntnisnahme des Jahresprogramms 2010.

Liestal, 13.10.2009

NAMENS DES STADTRATS

Die Präsidentin

Der Stadtverwalter



Regula Gysin



Christoph Rudin

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
1. Präsidium	3
1.1. Standort Liestal.....	3
1.2. Rezertifizierung nach ISO 9001:2008 Stadtverwaltung und Betriebe.....	3
1.3. Personal	4
2. Recht / Sicherheit	5
3. Infrastruktur / Informatik	7
4. Bildung / Sport	8
4.1. Zertifizierung nach Q2E: Umsetzung der Empfehlungen mit neuem Schulprogramm	8
4.2. Projekt „Pädagogik der Vielfalt“ im Schulhaus Fraumatt	9
4.3. Neuen Formen des Elternfeedbacks	9
4.4. Zusatzangebote	9
4.5. Regionale Musikschule Liestal	10
5. Stadtbauamt	11
5.1. Hochbau / Liegenschaftsdienste	11
5.2. Tiefbau / Verkehr	11
5.3. Planung / Umweltschutz	12
6. Soziales / Gesundheit / Kultur	14
6.1. Sozialhilfe	14
6.2. Vormundschaft	15
6.3. Jugend.....	15
6.4. Alter	16
6.5. Kultur	16
7. Betriebe	17
7.1. Kinderspielplätze, Vermeidung von Unfällen	17
7.2. „Blyb suuber - mach mit!“-Kampagne: Zwischenbilanz	17
7.3. Lüdinpark.....	17
7.4. Zusammenarbeit Werkstätten Betriebe und Feuerwehr	18
8. Finanzen / Einwohnerdienste	19
8.1. Finanzen.....	19
8.2. Buchhaltung.....	19
8.3. Einwohnerdienste/Steuerabteilung/Buchhaltung	19
9. Spezialfinanzierungen	20
9.1. Spezialfinanzierung Wasser:	20
9.2. Spezialfinanzierung Abwasser:	21
9.3. Spezialfinanzierung Abfallentsorgung:	21

Abkürzungen:

Z:	Ziel
A:	Ausgangslage
L:	Lösungsansatz

1. Präsidium

Regula Gysin / Christoph Rudin

Schwerpunkte

- Standort Liestal
- Rezertifizierung nach ISO 9001:2008 Stadtverwaltung und Betriebe

1.1. Standort Liestal

Liestal als Wohn- und Arbeitsort:

Z: Nutzung der Lage Liestals zur Ansiedlung weiterer Arbeitsplätze unter gleichzeitiger Erhaltung und Steigerung der Standortqualität.	A: Die Standortbestimmung 2009 (erarbeitet durch den Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Büro ecos) zeigt, dass Liestal „mittendrin“ liegt: im kulturellen Geschehen, im Verkehrsnetz, in der Nordwestschweiz und im Knotenpunkt einer mobilen Gesellschaft. L: Basierend auf den Erkenntnissen der ecos-Studie sollen mit der Standortkommission eine weitere Vertiefung der künftigen Stossrichtung erfolgen und Massnahmen zu deren Umsetzung erarbeitet werden.
--	---

Tourismus

Z: Umsetzung der Sofortmassnahmen aus dem Tourismus-Konzept.	A: Das Tourismus-Konzept zeigt Handlungsbedarf in der Beschilderung (Wegweiser und Infotafeln an Objekten). L: Überprüfen der bestehenden Beschilderung und Anpassung / Ergänzung.
--	---

1.2. Rezertifizierung nach ISO 9001:2008 Stadtverwaltung und Betriebe

Z: Stadtverwaltung und Betriebe werden 2010 erfolgreich rezertifiziert.	A: Im Herbst 2007 hat sich die Stadt erfolgreich nach ISO 9001:2000 zertifizieren lassen und damit den Nachweis erbracht, ihr Wirken nach den Grundsätzen des Qualitätsmanagements auszurichten. Nach Ablauf der ersten Geltungsperiode (3 Jahre) steht die Rezertifizierung an. L: Das Qualitätsmanagementsystem der Stadt ist einerseits auf die revidierten Normvorgaben zu ergänzen, andererseits generell auf Aktualität zu prüfen und im Herbst 2010 durch die
---	--

	externe Zertifizierungsstelle zu rezertifizieren.
--	---

1.3. Personal

Z: Erstellen Gesamtkonzept der kaufmännisch Lernenden.	<p>A: Vieles ist bereits vorhanden, jedoch fehlt die Gesamtheit des ganzen Prozesses.</p> <p>L: Abläufe/Vorlagen definieren/überprüfen/ergänzen und zu Standardhandbuch zusammenfassen.</p>
--	---

2. Recht / Sicherheit

Regula Gysin / Bernhard Allemann

Schwerpunkte

- Zukünftige Ausrichtung Stadtpolizei
- Teilprofessionalisierung Feuerwehr, Jugendfeuerwehr
- Kulturgüterschutz

Stadtpolizei

Z: Stärkung der subjektiven und objektiven Sicherheit durch Neuausrichtung der Stadtpolizei	A: Die Sicherheit im öffentlichen Raum hat grossen Stellenwert. Die heutige Organisation kann die Bedürfnisse nur teilweise abdecken. L: Die Organisation der Stadtpolizei ist aufgrund der aktuellen Herausforderungen zu überprüfen und anzupassen. Es ist geplant, zusammen mit der Polizei BL ein Pilotprojekt durchzuführen.
---	--

Stützpunkt-Feuerwehr (Stpkt Fw)

Z: Einführung Jugendfeuerwehr	A: Das total revidierte Feuerwehrreglement schafft die Möglichkeit der Einführung einer Jugendfeuerwehr. Diese soll u.a. mit dem Zweck der Gewinnung künftiger Angehöriger der Feuerwehr gegründet werden. L: Die Verordnung über die Jugendfeuerwehr wird umgesetzt.
Z: Umsetzung konzeptionelle Änderungen	A: Die gesamten Feuerwehrerlasse sind in Überarbeitung. Konzeptionelle Abklärungen sind im Gange. L: Sukzessive Umsetzung im Hinblick auf eine Teilprofessionalisierung der Feuerwehr.

Zivilschutz (ZSO)

Z: Umsetzung des Kulturgüterschutzes in Liestal	A: Inventar über die schützenswerten Kulturgüter ist nicht vollständig und aktuell. L: Erhebung der aktuellen Objekte mit
---	--

	Kulturgut und Gefährdungsanalyse der Standorte. Koordination deren Schutzes mit dem GFS.
Z: Optimale Erfüllung des gesetzlichen Auftrages im Rahmen des Bevölkerungsschutzes	<p>A: Die Liestaler Zivilschutzorganisation hat in den Bereichen Ausbildung und Einsatzbereitschaft Nachholbedarf.</p> <p>L: Erarbeiten eines Ausbildungskonzeptes, das den geforderten Ausbildungsstand der ZSO Angehörigen gewährleistet. Einsatzbereitschaft konzeptionell und operationell überprüfen und notwendige Anpassungen vornehmen.</p>

Gemeindeführungsstab (GFS)

Z: Funktionsfähigkeit GFS am neuen Standort.	<p>A: Diverse personelle Wechsel in der Stabszusammensetzung, nachzuführende Führungsunterlagen, neue Räumlichkeiten.</p> <p>L: Ausbildung neue Stabsangehörige, gemeinsame Trainings GFS/ZS, Bereitstellung von Führungsunterlagen.</p>
--	--

Bewilligungswesen und Kataster

Z: Ausrichtung Bewilligungswesen auf heutige Kundenbedürfnisse.	<p>A: Das Bewilligungswesen ist historisch gewachsen. Es steht eine personelle Veränderung an.</p> <p>L: Überprüfung der Prozesse, organisatorische Einstellung klären. Neuorganisation mit personeller Neubesetzung umsetzen.</p>
---	--

3. Infrastruktur / Informatik

Peter Rohrbach / Christoph Rudin

Schwerpunkte

- Auslagerung Server
- Implementierung neue Software bei den sozialen Diensten

<p>Z: Optimieren des Serverbetriebs bezüglich Betriebssicherheit und Kosten</p>	<p>A: Die heute im Einsatz stehenden Server müssen ersetzt werden. Es stellte sich die Frage, ob weiterhin Server in der Stadtverwaltung betrieben werden sollen oder ob diese Dienstleistung eingekauft werden sollen.</p> <p>L: Im Jahr 2010 wird der Serverbetrieb an den Kanton ausgelagert. Durch diese Massnahme wird die Betriebssicherheit erhöht und der personelle IT-Aufwand reduziert.</p> <p>Die Zusammenarbeit mit den kantonalen Zentralen Informatik Diensten (ZID) wird in einem umfassenden Vertragswerk (Service Level Agreement) festgelegt.</p> <p>Für die Mitarbeitenden in der Verwaltung wird sich durch diese Umstellung nichts ändern.</p>
<p>Z: Optimale Unterstützung des Case Managements bei den Sozialen Diensten durch eine moderne Software</p>	<p>A: Seit 1997 wird die Software „VIS“ eingesetzt. Diese genügt den heutigen Anforderungen betreffend Fallführung, Falldokumentation, Zahlungsverkehr sowie Arbeitsabläufen im Bereich der Schnittstellen nicht mehr.</p> <p>L: Heute gibt es in der Schweiz zwei kompetente Anbieter von Software für diese Anforderungen – das Projektteam entscheidet nach der erfolgten, umfangreichen Evolution über die einzusetzende Software bis Ende 2009. Diese wird im Frühjahr 2010 in der Verwaltung installiert.</p>

4. Bildung / Sport

Lukas Ott / Jean-Bernard Etienne

Schwerpunkte

Projekt Standardsprache im Kindergarten

Die im vierjährigen Projekt erfassten Kindergartenkinder befinden sich nun in den dritten Primarklassen. Das Projekt wurde durch die Fachhochschule Nordwestschweiz bis Juli 2009 begleitet und evaluiert. Bis das Ergebnis der Fachhochschule vorliegt, soll angesichts der bisher festgestellten positiven Effekte für alle Kinder im Sinne einer Übergangsfrist an allen Kindergärten mindestens 50% der Unterrichtszeit auf Standarddeutsch erfolgen. Dabei bleibt den Lehrpersonen die Methodenfreiheit, d.h. der Gestaltungsfreiraum, erhalten. Das Ergebnis wird im Herbst 2009 vorliegen und vorgestellt. Der Bildungsrat wird mit den gewonnenen Erkenntnissen neue Empfehlungen für den Gebrauch der Standardsprache im Kindergarten formulieren.

Projekt sprachliche und soziale Frühförderung

Das Pilotprojekt „Standardsprache im Kindergarten“ (vgl. unten) ist abgeschlossen. Damit wurden die erforderlichen Ressourcen frei, um die sprachliche Förderung von Kindern im Vorschulalter anzugehen. Das bisherige Fördermodell sah vor, dass Kinder, die bei Kindergarteneintritt wenig oder kein Deutsch sprechen, Unterstützung in Form von Deutschunterricht für Fremdsprachige (DaZ, Deutsch als Zweitsprache) erhalten. Bis diese Kinder dem Unterricht folgen können, vergeht jedoch oft kostbare Zeit, in welcher das Unterrichtsgeschehen nur teilweise, mangelhaft oder gar falsch aufgenommen wird.

Das Pilotprojekt zur sprachlichen und sozialen Frühförderung setzt deshalb einen Schritt früher an und fördert diese Kinder bereits ein Jahr vor Kindergarteneintritt zweimal wöchentlich in Gruppen: einerseits soll die Sprachkompetenz gefördert werden, andererseits muss in vielen Fällen auch die Anpassung an die soziale Umgebung besser vorbereitet werden. Damit verspricht sich das Departement Bildung einen möglichst effektiven und effizienten Einsatz der Mittel zur Verbesserung der sprachlichen Fähigkeiten fremdsprachiger Kinder. Der bisherige Deutschunterricht für Fremdsprachige (DaZ) wird beibehalten, das neue Angebot sollte jedoch zu einer Entlastung auf dieser Stufe führen.

Im August 2009 konnten alle rechtzeitig angemeldeten Kinder berücksichtigt werden. Es werden 3 Gruppen mit insgesamt 28 Kindern an verschiedenen Standorten geführt. Das Projekt wird im Herbst 2010 evaluiert.

4.1. Zertifizierung nach Q2E: Umsetzung der Empfehlungen mit neuem Schulprogramm

Z: Das neue Schulprogramm befindet sich in der Umsetzungsphase. Die jährlichen Zwischenaudits werden erfolgreich bestanden.

A: 2009 erlangten die Kindergärten und die Primarschule als erste Volksschule die Zertifizierung nach dem „Q2E-Modell“ (Qualität durch Evaluation und Entwicklung). Der Audit-Bericht enthält weitere Empfehlungen zur Optimierung des QM.
Ein neues Schulprogramm wurde vom Schulrat im Juni 2009 bewilligt.

L: Optimierungsvorschläge sind erkannt, der Entwicklungsbedarf wird durch die Einleitung erforderlicher Massnahmen umgesetzt.

4.2. Projekt „Pädagogik der Vielfalt“ im Schulhaus Fraumatt

<p>Z: Individualisieren und Differenzieren sind wichtige Lehrkompetenzen im Schulunterricht, die es ermöglichen, dem einzelnen Kind gerecht zu werden. Die Schule hat diese Thematik zum Mehrjahresziel der Schule erklärt.</p>	<p>A: Am Projekt „Pädagogik der Vielfalt“, welches unter Begleitung der Fachhochschule Nordwestschweiz weiter entwickelt wird, beteiligen sich alle Klassen des Schulhauses Fraumatt und die dazugehörigen Kindergärten. Durch den Aufbau von ausgewählten Methodenkompetenzen werden die Kinder befähigt, selbständig Projekte umzusetzen.</p> <p>L: Das Projekt, mit dem die Kompetenz im Umgang mit Heterogenität gefördert wird, wird in eine zweite Phase der Festigung überführt. Fachliche Beratung und Weiterbildung werden verbindlich geplant.</p>
---	--

4.3. Neuen Formen des Elternfeedbacks

<p>Z: Neue Feedback-Instrumente sollen die Erwartungen der Eltern aufzeigen und den gezielten Austausch mit den Erziehungsberechtigten ermöglichen.</p>	<p>A: Rückmeldungen der Eltern zu Fragen des Schulalltags werden bisher systematisch mit Fragebogen eingeholt.</p> <p>L: Eine Pilotgruppe von 14 Lehrpersonen sammelt Erfahrungen mit neuen Formen des Elternfeedbacks.</p>
---	---

4.4. Zusatzangebote

4.4.1. Projekt „Standardsprache im Kindergarten“

<p>Z: Mit dem Gebrauch von Standarddeutsch am Kindergarten sollen die Sprachkompetenzen und die Sprachentwicklung der Kinder gefördert werden.</p>	<p>A: Die am vierjährigen Projekt beteiligten Kinder besuchen nun im fünften Jahr eine 3. Primarklasse in ihrem Quartiersschulhaus. Die Wirkung bzw. Wirksamkeit der drei verschiedenen Unterrichtsmodelle hinsichtlich der drei verschiedenen Unterrichtsmodelle wurde Ende 2. Klasse nochmals durch die Fachhochschule überprüft.</p> <p>L: An den Kindergärten wird aufgrund der bereits heute festgestellten positiven Effekte für alle Kinder im Sinne einer Übergangslösung mindestens 50% der Unterrichtszeit in Standardsprache unterrichtet. Ein definitiver Entscheid, ob an den Kindergärten weiterhin zu 50% oder vollständig die Standardsprache</p>
--	---

	<p>Unterrichtssprache sein wird, soll nach Vorliegen der Endergebnisse Ende 2009 gefällt werden. Die Ergebnisse des Projektes dienen dem Bildungsrat zur Formulierung neuer Empfehlung bezüglich Gebrauch der Standardsprache im Kindergarten.</p>
--	--

4.4.2. Projekt sprachliche und soziale Frühförderung

<p>Z: Das Projekt strebt an, Kinder fremder Sprachkulturen mit wenig oder keinen Deutschkenntnissen bereits im Vorschulalter zu unterrichten. Einerseits soll die Sprachkompetenz gefördert werden, andererseits muss in vielen Fällen auch die Anpassung an die soziale Umgebung besser vorbereitet werden.</p>	<p>A: Kinder, welche bei Kindergarteneintritt wenig oder kein Deutsch sprechen, erhalten Unterstützung in Form von Deutschunterricht für Fremdsprachige (DaZ). Bis diese Kinder dem Unterricht folgen können, vergeht kostbare Zeit, in welcher das Unterrichtsgeschehen nur teilweise, mangelhaft oder gar falsch aufgenommen wird.</p> <p>L: Das Projekt fördert Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen ein Jahr vor Kindergarteneintritt zweimal wöchentlich in Gruppen. Die Eltern werden in das Projekt einbezogen, indem sie angeleitet werden, wie sie ihr Kind unterstützen können (Spiele, Besuch der Ludothek / Bibliothek etc.). Das Pilotprojekt ist mit drei Kindergruppen (insgesamt 28 Kinder) im August 2009 an zwei Standorten gestartet. Das Projekt wird intern evaluiert.</p>
--	---

4.5. Regionale Musikschule Liestal

4.5.1. Ausgabenstabilisierung

<p>Z: Stabilisierung der Ausgaben bei gleichbleibender Qualität und gewährleistetem Zugang zum Musikunterricht.</p>	<p>A: Die Musikschule hat seit August 2008 einen neuen Leiter. Zu seinen prioritären Aufgaben gehört in Zusammenarbeit mit den Zweckverbandsgemeinden, die Kosten zu stabilisieren.</p> <p>L: Durch vermehrte Einführung des Gruppenunterrichts können bei gleich bleibenden Kosten mehr Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden. Die Jahreslektionen, welche die Stadt Liestal bei der Regionalen Musikschule bezieht, bleiben 2010 auf dem Niveau von 2009 bestehen (265 Jahreslektionen).</p>
---	---

5. Stadtbauamt

Ruedi Riesen / Martin Hofer

Schwerpunkte

- Übernahme Sekundarschulbauten durch Kanton
- Fertigstellung Neugestaltung Postplatz und Baubeginn Neugestaltung Wasserturmplatz
- Weiterführung mit der Neugestaltung der Altstadtgassen
- Abschluss Landschaftsentwicklungskonzept

5.1. Hochbau / Liegenschaftsdienste

5.1.1 Schulanlage Fraumatt

Z: Vorbereitung der Ausführung der zweiten Etappe, Renovation Sporthalle, so dass die Bauarbeiten 2011 erfolgen können.

A: Die Schulanlage Fraumatt wurde 1967 als Primarschulhaus erbaut. In den letzten 40 Jahren wurden immer wieder punktuell kleinere Sanierungen vorgenommen. So wurden die beiden Dächer, Fenster und Heizung erneuert.

L: Die beiden Gebäude werden nach neuesten Erkenntnissen renoviert und der Schule wieder übergeben.

5.1.2 Übernahme Sekundarschulbauten durch den Kanton

Z: Vorbereitung der Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton ab Schuljahr 2010/11.

A: Gemäss neuem Bildungsgesetz übernimmt der Kanton die Schulgebäude der Sekundarstufe.

L: Mit dem Kanton werden Verhandlungen zur Übernahme geführt und abgeschlossen.

5.2. Tiefbau / Verkehr

Entsprechend dem Entwicklungs- und Finanzplan 2010 - 2014 stehen auch im Jahresprogramm die Projekte für die Umsetzung des Verkehrskonzepts mit Neugestaltungen der Verkehrsflächen, Arealentwicklungen sowie die Aussenraumgestaltung der Altstadt im Vordergrund. Nachstehend aufgeführt sind diejenigen Projekte, deren Realisierung 2010 beginnen.

5.2.1 Neugestaltung Wasserturmplatz

Z: Baubeginn mit der Neugestaltung des Platzes im März 2010 sowie mit der neuen Bushaltestelle im Herbst 2010.	A: Das Projekt für die Bushaltestelle muss neu erarbeitet werden. Das Projekt für die Neugestaltung des Platzes ist genehmigt. L: Projekterarbeitung für die Bushaltestelle und anschliessende Durchführung des politischen Prozesses.
--	---

5.2.2 Neugestaltung Rosengasse

Z: Koordinierte Ausführung aller Werkleitungsprojekte sowie einer neuen Strassengestaltung. Bauausführung von Frühling bis Sommer 2010.	A: Die Gestaltung soll analog der Kanonengasse erfolgen. L: Im Zusammenhang mit dem Bau der Werkleitungen erhält die Rosengasse einen neuen Belag ohne Trottoirabsätze.
---	--

5.2.3 Neugestaltung Allee

Z: Die ersten Projekte des Konzeptes von der Allee bis zum Lüdinpark werden umgesetzt.	A: Für die Aufwertung des Aussenraumes in der Allee/Lüdinpark wurde ein breit abgestütztes Konzept erarbeitet. L: Für die Erstellung von Sitzstufen in der Böschung wird im Winter ein Projekt erarbeitet und im Frühling 2010 realisiert.
--	---

5.3. Planung / Umweltschutz

5.3.1 Gebäudesanierungen in der Altstadt

Z: Ausarbeitung eines Konzeptes für optimierte Gebäudesanierung.	A: In der Altstadt sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, um die Liegenschaftsbesitzer zu ermutigen, Renovationen vorzunehmen, um Leerbestände zu minimieren. L: Abklärung, mit welchen Massnahmen die Altstadtliegenschaften nutzungsmässig und energietechnisch optimiert werden können.
--	--

5.3.2 Landschaftsplanung

Z: Zustimmung des Einwohnerrats zum Landschaftsentwicklungskonzept (LEK).	A: Gemäss § 23 Zonenreglement Landschaft der Stadt Liestal ist ein Natur- und Landschaftsschutzkonzept zu erarbeiten. L: Aufzeigen von Konflikten und möglichen Massnahmen zur Lösung z.B. Bewirtschaftungsvereinbarungen. Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit (Mitwirkung) und des politischen Prozesses.
---	--

5.3.3 Sanierung Weiher Bad Schauenburg

Z: Wiederherstellung eines naturgerechten Weihers.	A: Der Zustand des Weihers ist kritisch. Es hat sich sehr viel Schlamm angesammelt. L: Mittels Auspumpen, Trockenlegung, Ausbaggern des Schlammes, Ausfischen, Entfernen von Bäumen soll wieder ein gesunder Zustand hergestellt werden.
--	---

5.3.4 Energielabel

Z: Im Jahr 2010 erfolgt die weitere Umsetzung der geplanten Massnahmen.	A: Der Stadtrat/Einwohnerrat hat die Massnahmen für die Einführung des in den Legislaturzielen verankerten Energielabels beschlossen. Liestal ist seit Mitte 2008 Energiestadt. L: In Zusammenarbeit mit der Energiekommission und externer Begleitung wurden/werden die Massnahmen definiert und die Umsetzung eingeleitet. Im Liestal aktuell wird der Energietipp weitergeführt und für die Bevölkerung jeweils 2-3 Infoveranstaltungen (Warenmarkt) organisiert.
---	---

6. Soziales / Gesundheit / Kultur

Regula Gysin / Marco Avigni

Schwerpunkte

- Umsetzung Auditempfehlungen Teil II
- Berufliche Eingliederung; Etablierung der Zusammenarbeit mit der Velostation
- Vormundschaft; Antizipierung Systemwechsel
- Erarbeitung und Umsetzung von neuen Jugendprojekten
- Eine den Bedürfnissen entsprechende und vermehrt auch regionale Altersplanung
- Kulturschwerpunkte mit regionaler Ausstrahlung, Neues Regime Kulturkalender

6.1. Sozialhilfe

6.1.1. Auditierung

Z: Umsetzung der Empfehlungen des Audits 2008 (Teil II).	A: Die in einem externen Audit 2008 vorgeschlagenen Massnahmen zur Optimierung des Dienstes wurden 2009 mit der Verstärkung der Führung auf Abteilungsebene weitgehend umgesetzt. L: Mit der Ablösung der bestehenden Software VIS werden die Fallführung, das Informationsmanagement und das Zahlungsverwesen übersichtlicher und effizienter gestaltet. Dadurch können die noch anstehenden Empfehlungen der Auditierung 2008 umgesetzt werden.
--	--

6.1.2. Integration in den Arbeitsmarkt

Z: Personen in der Sozialhilfe mit individuell abgestimmten Massnahmen noch besser in den Arbeitsmarkt eingliedern und dort, wo dies nicht möglich ist, eine sinnvolle Tagesstruktur vermitteln.	A: In den vergangenen Jahren wurde eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Anbietern von Programmen zur beruflichen Eingliederung etabliert, welche sich im Grundsatz bewährt hat. Ergänzend dazu wird die Velostation in Liestal Einsatzprogramme anbieten, welche prioritär berücksichtigt werden. L: Gemäss Beschluss des Einwohnerrates wird auf dem Bahnhofareal die Velostation, kombiniert mit einem Hauslieferdienst, eingerichtet. Stellenlose SozialhilfeempfängerInnen werden zur Betreuung der Velostation in eine Arbeitstagesstruktur vermittelt und erbringen dadurch eine Gegenleistung für die Stadt Liestal. Parallel dazu wird die Zusammenarbeit mit weiteren Anbietern einer Qualitätskontrolle unterzogen, evaluiert und entsprechend Erkenntnissen/Resultaten weitergeführt. Die Evaluation erfolgt im Auftrag und
--	--

	unter der Federführung des Kantonalen Sozialamtes.
--	--

6.2. Vormundschaft

Z: Sicherstellen der Qualität der vormundschaftlichen Mandatsführungen – auch im Hinblick auf die bevorstehenden strukturellen Veränderungen im Vormundtschaftswesen durch die Schaffung von Fachbehörden.	A: Die Schaffung von Fachbehörden (der Stadtrat wird mittelfristig nicht mehr die Vormundschaftsbehörde bilden) und die Neuorganisation des Vormundtschaftswesens werfen jetzt schon verschiedene Fragen und Unsicherheiten auf. L: Lösungsoptionen sollen antizipiert und zum frühestmöglichen Zeitpunkt umgesetzt werden.
--	--

6.3. Jugend

6.3.1. Jugendkommission

Z: Die Jugendkommission trägt mit ihren Aktivitäten dazu bei, dass die Stadt Liestal hinsichtlich Gestaltung des städtischen Raumes wie auch im Hinblick auf die Freizeitangebote von Jugendlichen nach ihren Bedürfnissen mitgestaltet wird und dadurch an Attraktivität für die Jugend gewinnt.	A: Dazu dient der Aufbau einer partizipativen Jugendarbeit, welche mittels geeigneter Projekte und der Durchführung von Mitwirkungstagen etabliert werden soll. Eine entsprechende Projektorganisation und ein Vorbereitungsteam mit Jugendlichen wurden dazu gebildet. L: Die an einem Mitwirkungstag erarbeiteten Ideen werden in Teilprojekten umgesetzt.
---	---

6.3.2. Haus zur Allee

Z: Das Haus zur Allee soll für ein breites Spektrum von Jugendlichen und unterschiedliche Nutzergruppen ein attraktiver Freizeitraum mit kreativen Gestaltungsmöglichkeiten sein.	A: Die in einem Vorprojekt mit Jugendlichen erfassten Bedürfnisse wie auch die Ergebnisse eines Jugendmitwirkungstages sollen in die Ausgestaltung des Jugendtreffpunktes und seiner Umgebung einfließen. L: Die Jugendkommission hat ein Grobkonzept zur Nutzungserweiterung für den Jugendtreffpunkt angeregt. Dieses soll in einer Projektgruppe als Vorprojekt für die Sanierung der Liegenschaft Haus zur Allee konkretisiert werden. Neu soll ein Projekt für Mädchen (geschlechtsspezifische Jugendarbeit) im Jugendtreffpunkt durchgeführt werden, wozu die Stelle einer Projektleiterin befristet für 2 Jahre zu finanzieren ist.
---	--

	Damit soll eine geschlechtergerechte Jugendarbeit im Jugendtreffpunkt angestrebt werden.
--	--

6.4. Alter

Z: Seniorinnen und Senioren werden durch geeignete (präventive, gesundheitsfördernde) Angebote und Massnahmen in ihrer Selbständigkeit und Selbstbestimmung unterstützt und adäquat begleitet.	<p>A: Die Alterskommission sowie verschiedene Initiativen und Projekte befassten sich mit Fragen der Altersplanung und mit dem Ausbau von ambulanten Dienstleistungen und Angeboten, um den stationären Bereich umfassender zu ergänzen und das Wohnen und Leben in der vertrauten Umgebung solange wie möglich zu gewährleisten.</p> <p>L: Die regionale Zusammenarbeit zum Zwecke einer effizienten und umfassenden Gesundheitsförderung und eines den Bedürfnissen der betagten Generation entsprechenden Wohnens wird überprüft und nach Möglichkeit umgesetzt. Private Initiativen im Bereich des Alterswohnens und Bedürfnisse von Gruppen von Senioren sollen mit geeigneten Massnahmen auf regionaler Ebene gefördert und unterstützt werden.</p>
--	---

6.5. Kultur

Z: Liestal profiliert sich als kulturelles Zentrum durch die gezielte Förderung von Kulturveranstaltungen, welche breite Bevölkerungskreise ansprechen und damit die Aufenthalts- und Standortqualität nachhaltig prägen.	<p>A: Das Kulturkonzept legt die Kriterien und Schwerpunkte der Kulturförderung und -politik durch die Stadt Liestal im Grundsatz fest.</p> <p>L: Weiterführung von breit gefächerten Kulturangeboten und Veranstaltungen in Kombination mit Schwerpunkten und Highlights, welche regionale Ausstrahlung haben.</p> <p>Weiterführung des Kulturkalenders als Plattform und Visitenkarte der Stadt Liestal, welcher möglichst alle relevanten Kulturveranstaltungen publiziert.</p> <p>Anlässlich der Jubiläumsfeier der UNI-Basel, welche in Liestal ihren Auftakt macht, wird sich das Dichter- und Stadtmuseum mit einer geeigneten Sonderausstellung und einem Begleitprogramm profilieren.</p>
---	--

7. Betriebe

Marion Schafroth / Claudia Christiani

Schwerpunkte

- Zwischenbilanz nach drei Jahren Antilittering-Kampagne („Blyb suuber – mach mit“) gemeinsam mit mehreren Gemeinden des Ergolztals
- Umgestaltung Lüdinpark
- Zusammenarbeit Werkstätten Betriebe und Feuerwehr

7.1. Kinderspielplätze, Vermeidung von Unfällen

Z: Kinder können auf den Spielplätzen gefahrlos spielen. Den Kindern stehen attraktive Spielmöglichkeiten zur Verfügung	A: Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) hat Normen für die Sicherheit auf öffentlichen Kinderspielplätzen herausgegeben. L: Nachdem der Kinderspielplatz Langhag zusammen mit Eltern sicher und attraktiv umgestaltet ist, wird 2010 für den Spielplatz Brunnmatt ein Neugestaltungsplan entwickelt und umgesetzt.
---	--

7.2. „Blyb suuber - mach mit!“-Kampagne: Zwischenbilanz

Z: Die Bevölkerung soll zum Thema Littering sensibilisiert bleiben.	A: Eine gemeinsame Kampagne mehrerer Gemeinden (Start 2007) soll eine Abnahme von Littering und illegaler Abfallentsorgung bewirken, schwergewichtig durch die „3 P“ (Präsenz, Prävention, Partizipation). L: Die bisherigen Massnahmen und Kampagnen werden ausgewertet und darauf aufbauend neue Projekte lanciert.
---	--

7.3. Lüdinpark

Z: Die ersten Projekte des Gestaltungskonzeptes von der Allee bis zum Lüdinpark werden umgesetzt. (s. dazu auch 5.1.2.3.)	A: Für die Aufwertung des Aussenraumes in der Allee/Lüdinpark wurde ein breit abgestütztes Konzept erarbeitet. L: Im Lüdinpark werden die Grünflächen neu gestaltet, die Beleuchtung überarbeitet und neue Sitzgelegenheiten geschaffen.
---	---

7.4. Zusammenarbeit Werkstätten Betriebe und Feuerwehr

<p>Z: Die beiden Werkstätten arbeiten enger zusammen und nutzen die vorhandenen Ressourcen optimal</p>	<p>A: Sowohl die Betriebe wie auch die Feuerwehr reparieren ihre Fahrzeuge und Maschinen weitestgehend eigenständig in den ihren Werkstätten.</p> <p>L: Projekt „Synergien Feuerwehr/Werkhof Betriebe“ durchführen, umsetzen einer intensivierten gemeinsamen Nutzung der personellen, maschinellen und räumlichen Ressourcen.</p>
--	--

8. Finanzen / Einwohnerdienste

Peter Rohrbach / Thomas Kunz

Schwerpunkte und wichtige Projekte des Departements

- Umsetzen der Finanzstrategie
- Weiterentwicklung der Finanzinstrumente, insbesondere des Controllings

8.1. Finanzen

8.1.1. Termine 2010 für die Rechnung 2009, den Entwicklungsplan 2011-2015 und den Voranschlag 2011

	an Einwohnerrat	im Einwohnerrat
Rechnung 2009	Ende April 2010	23. Juni 2010
Entwicklungsplan 2011-2015	Juli 2010	27. Okt. 2010
Voranschlag 2011	Ende Oktober 2010	15. Dez. 2010

8.1.2. Wichtige Themen für den Entwicklungsplan 2011-2015

Vergleich mit anderen Gemeinden

Vergleich der Finanz-Daten mit ausgewählten Gemeinden im Kanton BL. Dies als Fortsetzung/Vertiefung der im EP10-14 kommunizierten Daten.

8.2. Buchhaltung

8.2.1. Fonds Beschaffung für Parkraum

Z: Das Ziel, das Reglement für den „Fonds Beschaffung für Parkplatz“ zu überarbeiten, damit Äufnung (Erträge) und die Mittelverwendung (Aufwendungen) eindeutig festgelegt sind

A: Die Revisionsfirma der Stadt Liestal, ROD Treuhand AG, bemängelte anlässlich der Revision zur Rechnung 2008 die Rechtsgrundlagen zum Fonds.

L:

- Überprüfung der Rechtsgrundlagen
- Überprüfung der bisher verwendeten Ertragspositionen
- Überprüfung der bisher verwendeten Aufwandpositionen
- strategischer Entscheid betreffend Zweck und Verwendung des Fonds

8.3. Einwohnerdienste/Steuerabteilung/Buchhaltung

8.3.1. Optimierung des elektronischen Zugangs

Z: Die Einwohnerschaft kann von einer breiten und nützlichen Palette von Online-Dienstleistungen profitieren und sich so den Gang zur Verwaltung sparen.

A: Hinweise aus Postulat „Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung“ vom 21. August 2007 und aus der Bevölkerungsumfrage 2008.

L:

- Überprüfung des bisherigen Angebotes
- sinnvolle Erweiterung der elektronischen Dienstleistungen auf der Homepage

9. Spezialfinanzierungen

Marion Schafroth / Claudia Christiani

Schwerpunkte

- Begleitung Neubau der Zollschule (Schutzzone Pumpwerk Gitterli)
- Ersatz für Pumpwerk Gitterli (Konzession bis 31.12.2017)
- Umsetzung der neuen Reglemente Wasser und Abwasserentsorgung
- Überprüfung der Gebühren in der Abfallentsorgung
- Unterflursammelcontainer für den Hauskehricht im Stedtli
- Einführung der Bioklappe für Mehrfamilienhäuser

9.1. Spezialfinanzierung Wasser:

9.1.1. Begleitung des Neubaus Zollschule (Schutzzone Pumpwerk Gitterli)

Z: Der Neubau der Zollschule erfolgt ohne negative Auswirkung auf die Qualität des Liestaler Trinkwassers.

A: Die Zollschule beabsichtigt auf dem heutigen Gelände ein zusätzliches Gebäude mit Schiesskeller und Wohnmöglichkeiten zu erstellen. Der Neubau tangiert die Schutzzone II des Pumpwerks Gitterli.

L: Zusammen mit den kantonalen Stellen werden für den Bau und den anschliessenden Betrieb des Neubaus die Massnahmen zum Schutz des Grundwassers und des Pumpwerks ausgearbeitet.

9.1.2. Ersatz für Pumpwerk Gitterli (Konzession bis 31.12.2017)

Z: Die Wasserversorgung ist auch zukünftig gesichert. Die Wassergewinnung erfolgt aus möglichst voneinander unabhängigen Grundwasserströmen.

A: Die Konzession für das Pumpwerk Gitterli läuft am 31.12.2017 aus und kann aus gesetzlichen Gründen nicht erneuert werden. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der H2 kann mit vernünftigen Mitteln ein Anschluss an den Regionenverbund 1-9-2 realisiert werden.

L: Aufgrund der politischen Entscheide werden die weiteren Projektschritte ausgelöst.

9.1.3. Umsetzung Wasserreglement

<p>Z: Die heute gültigen technischen Erkenntnisse, die im Wasserreglement berücksichtigt wurden, werden angewendet. Die neuen Gebühren werden eingeführt und angewendet.</p>	<p>A: Das neue Wasserreglement wird momentan im Einwohnerrat beraten.</p> <p>L: Die politischen Entscheide werden umgesetzt. Die zuständigen Sachbearbeitenden kennen das neue Reglement und wenden es in ihrem Alltag an.</p>
--	--

9.2. Spezialfinanzierung Abwasser:

9.2.1. Umsetzung Abwasserreglement

<p>Z: Die heute gültigen technischen Erkenntnisse, die im Abwasserreglement berücksichtigt wurden, werden angewendet. Die neuen Gebühren werden eingeführt und angewendet.</p>	<p>A: Das neue Abwasserreglement wird momentan im Einwohnerrat beraten.</p> <p>L: Die politischen Entscheide werden umgesetzt. Die zuständigen Sachbearbeitenden kennen das neue Reglement und wenden es in ihrem Alltag an.</p>
--	--

9.3. Spezialfinanzierung Abfallentsorgung:

9.3.1. Überprüfung der Gebühren in der Abfallentsorgung

<p>Z: Die Abfallkasse ist ausgeglichen finanziert. Das Eigenkapital erhöht sich auf max. CHF 1 Mio.</p>	<p>A: Seit einigen Jahren erzielt die Abfallkasse Ertragsüberschüsse. Die Finanzstrategie sieht vor, dass das Eigenkapital auf max. CHF 1 Mio anwachsen soll.</p> <p>L: Die Gebühreneinnahmen werden den Ausgaben gegenübergestellt und finanzrelevante Entwicklungen im Abfallwesen bewertet. Darauf aufbauend wird die Finanz- und Gebührenstrategie festgelegt. Dabei ist eine Senkung der Gebühren anzustreben.</p>
---	---

9.3.2. Unterflursammelcontainer für den Hauskehricht im Stedtli

<p>Z: Das Projekt Unterflurcontainer Hauskehricht wird koordiniert mit weiteren Bauprojekten im Stedtli umgesetzt. Die Anwohnenden sind über die Neuerung gut informiert.</p>	<p>A: Das Projekt liegt in seinen Grundzügen vor, einzelne Standorte sind noch in Diskussion.</p> <p>L: Die Standorte werden eingerichtet und die Anwohnenden über die Neuerungen informiert.</p>
---	---

9.3.3. Einführung der Bioklappe für Mehrfamilienhäuser

<p>Z: Bewohnerinnen und Bewohner in Mehrfamilienhäusern können ihre Küchenabfälle korrekt der Grüngutabfuhr mitgeben.</p>	<p>A: Die Grüngutabfuhr erfolgt vorwiegend über die Grüncontainer. Viele Mehrfamilienhäuser verfügen nicht über eigene, den Mietern und Mieterinnen zugängliche Grüncontainer. Somit können diese BewohnerInnen ihre Küchenabfälle nicht der Grünabfuhr mitgeben.</p> <p>L: Für Mieter und Mieterinnen in Mehrfamilienhäusern wird die Möglichkeit geschaffen, ihre Küchenabfälle korrekt zu entsorgen. Dabei steht das Angebot der Biopower AG mit der Bioklappe im Vordergrund.</p>
---	---

Notizen: